



03.04.2011 – 13:14 Uhr

pafl: Frauenquoten in öffentlichen Unternehmen diskutiert / Arbeitsgespräch zwischen Familienminister Klaus Tschütscher und der österreichischen Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Vaduz (ots/pafl) -

Regierungschef und Familienminister Klaus Tschütscher traf sich während seines Arbeitsbesuches in Wien mit der österreichischen Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu einem aktuellen Gedankenaustausch. Sowohl Regierungschef Tschütscher als auch Familienministerin Heinisch-Hosek betonten bei dieser Gelegenheit die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich. "Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ist seit jeher eng und freundschaftlich", äusserten sich beide Minister zufrieden. Im Mittelpunkt des Gespräches stand vor allem die aktuelle Debatte über Frauenquoten in staatsnahen öffentlichen Betrieben.

Frauenquote für die Aufsichts- und Verwaltungsräte staatsnaher Unternehmen

Norwegen hat 2003 als erstes Land der Welt eine Geschlechterquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte eingeführt. Dies hat in vielen europäischen Ländern eine gesellschaftliche Debatte über Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft ausgelöst. Während sich in Deutschland die aktuelle politische Diskussion vor allem um die Frage dreht, ob eine gesetzlich vorgeschriebene Quote notwendig ist oder ob auf eine freiwillige Verpflichtung der Unternehmen gesetzt werden sollte, hat Österreich mit einer klaren Zielsetzung reagiert. Die österreichische Bundesregierung verordnete sich eine Frauenquote für die Aufsichtsräte staatsnaher Unternehmen. Bis 2013 sollen 25 Prozent, bis 2018 35 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten der Betriebe mitwirken. "Mit Stolz dürfen wir für Liechtenstein vermelden, dass der Frauenanteil in den strategischen Führungsebenen der 22 öffentlichen Unternehmen des Staates 31 Prozent beträgt. Das ist gerade auch im internationalen Vergleich eine sehr gute Quote, auf der es aufzubauen gilt", so Regierungschef Klaus Tschütscher. Wie Regierungschef Tschütscher seiner österreichischen Kollegin weiter berichten konnte, werden heute 5 der 22 staatsnahen Betriebe von Frauen präsiert. "Wir werden auch weiterhin proaktiv Frauen für Führungspositionen rekrutieren. Damit ergibt sich ein breiter Konsens in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Der aktuell erreichte Stand ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht das Ende der Diskussion", betonte Regierungschef Klaus Tschütscher.

Potenziale in Wirtschaft und Gesellschaft

Die Schaffung qualitätsvoller und existenzsichernder Arbeitsplätze sind eine wichtige Voraussetzung, um die wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern. Klaus Tschütscher betonte im Gespräch mit der österreichischen Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, dass mit einer aktiven Politik ein entsprechender Kurswechsel erreicht werden kann. Frauen können ihre Potenziale in Wirtschaft und Gesellschaft nach ihren eigenen Vorstellungen voll einsetzen und sollen dafür auch fair entlohnt werden.

Kontakt:

Information und Kommunikation der Regierung
Markus Amann
T +423 776 63 06

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100622302> abgerufen werden.